

Hallo zusammen,

mein Name ist Joachim Schramm, ich spreche hier für das Wittener Friedensforum.

Die Corona-Krise hat viele Schieflagen in unserem Land deutlicher zu Tage treten lassen. Eine ganz gravierende Schiefelage ist die der falschen Prioritätensetzung in der Sicherheitspolitik. Sicherheit ist für alle Menschen etwas sehr existenzielles, um ein zufriedenes Leben führen zu können. Doch die Bundesregierung konzentriert sich beim Thema Sicherheit vor allem auf eine fragwürdige militärische Sicherheit. Dafür gibt sie jährlich Milliarden Euro Steuergelder aus. Im aktuellen Haushalt sind für die Bundeswehr 45,1 Mrd. Euro vorgesehen, der zweitgrößte Posten im Haushalt. Doch nun ist deutlich geworden, dass die wirklichen Bedrohungen aus ganz anderen Richtungen kommen. Ein Virus hat tausende Menschen in unserem Land getötet, die Wirtschaft an den Rand des Kollaps gebracht und die ganze Gesellschaft umgekrempelt. Und man sieht, auf diese Bedrohung war unsere Regierung nur unzureichend vorbereitet. Es fehlten Beatmungsgeräte, es fehlten Mundschutz-Masken, die neoliberal ausgerichteten Krankenhäuser konnten die Corona-Behandlung nur gewährleisten, in dem alle anderen Behandlungen zurückgestellt wurden. Darüber muss man sich nicht wundern, denn unsere Gesundheit ist unserer Regierung in ihrem Haushalt nur 15,4 Mrd. Euro wert, also ein Drittel des Militäretats. Von 2019 auf 2020 wurde der Militärhaushalt um 4,3 % erhöht, der des Gesundheitsbereichs um 4,7 % verkleinert. Auch wenn man sich den Klimawandel anschaut, kommt man ja zu dem Ergebnis, dass hier viel mehr Geld in Klimagerechtigkeit investiert werden müsste, aber das steckt ja schon im Militärhaushalt.

Gut, nun sehen wir das ja und können umsteuern. Weit gefehlt: Am 19. März, mitten in der Krise, fordert der NATO-Generalsekretär Stoltenberg die NATO-Staaten auf, trotz Corona an dem Ziel festzuhalten, die Militärausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung zu steigern. Das hört sich nicht viel an, bedeutet aber für Deutschland eine Erhöhung auf bis zu 80 Mrd. jährl., je nachdem wie sich die Wirtschaftsleistung entwickelt. Wenige Tage später unterstützte der deutsche Außenminister diese Forderung. Dabei entfallen schon heute mehr als 50% der weltweiten Militärausgaben von 1.780 Mrd. Euro auf die NATO-Staaten. Warum also noch mehr Geld für Waffen und Soldaten?

Zur Zeit werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die wirtschaftlichen Folgen von Corona für die Menschen abzufedern. Eine Maßnahme ist dabei die Einführung der Grundrente. Doch als deutlich wurde, wie viel Geld der Staat für Hilfen an die Wirtschaft bezahlen will, wurde diese Grundrente sofort wieder in Frage gestellt. Sie sei nicht bezahlbar. Gleichzeitig forderte Verteidigungsministerin AKK zu Ostern die Anschaffung eines neuen Atombombers für die Bundeswehr. Unabhängig davon, dass Atomwaffen keine Sicherheit bringen, sondern abgeschafft gehören, kostet dieser Atombomber, von dem über 30 gekauft werden sollen, 12,5 Mrd. Euro. Davon könnte man die Grundrente zehn Jahre lang finanzieren. Alternativ könnte man für die Kosten der Bomber aber auch 5 Jahre lang 100.000 Intensivbetten in Krankenhäusern finanzieren. Die Prioritäten liegen eindeutig auf der falschen Seite.

Auch über die umstrittene Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr soll aktuell entschieden werden, passenderweise in Zeiten, in denen Proteste auf der Straße nur eingeschränkt möglich sind und viel Menschen mit anderen Problemen zu kämpfen haben. Bewaffnete Drohnen wurden in der Vergangenheit vor allem von den USA eingesetzt, dabei waren die Opfer überwiegend unbeteiligte Zivilisten. Solche Waffen wollen wir nicht!

Insgesamt sollen in den kommenden Jahren 137 Mrd. Euro allein für neue Rüstungsprojekte ausgegeben werden. Die Rüstungsindustrie lacht sich ins Fäustchen. Diese Summe entspricht dem ganzen Konjunkturpaket, das in diesen Tagen von der Regierung beschlossen wurde. Was dabei in den einschlägigen Meldungen nicht vorkommt ist die Tatsache, dass auch in diesem Paket 10 Mrd. Euro für aktuell anstehende Rüstungsprojekte verwendet werden sollen, also Finanzspritzen für die Rüstungsindustrie, die im ersten Quartal des Jahres über steigende Gewinne jubelt, Gewinne, die mit dem Tod und dem Leid von Menschen in Kriegsgebieten wie dem Jemen oder der Türkei erkaufte werden.

Über 160.000 Menschen haben in den letzten Monaten den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterzeichnet, den Menschen aus der Friedensbewegung, den Gewerkschaften und verschiedenen Parteien initiiert haben. Lasst uns die Coronakrise nutzen um Ziele neu auszurichten, um Sicherheit neu zu denken: Sicherheit durch mehr Geld für Klimaschutz, für soziale Belange und für unser Gesundheitswesen – und deutliche Kürzungen beim Militär.